



Mediendokumentation Parteitag der CVP Schweiz

Documentation de presse Congrès du PDC suisse

**Kultur- und Sportzentrum Pratteln (BL)
Samstag, 22. Januar 2011
Samedi 22 janvier 2011**

Sperrfrist: 22. Januar 2011, 10.15 Uhr
Embargo: 22 janvier 2011, 10h15

Auskünfte / Renseignements:

Marianne Binder, Kommunikationsverantwortliche CVP Schweiz / Resp. de la communication du PDC suisse, Mobil: 079 686 01 31, E-Mail: binder@cvp.ch

www.cvp.ch / www.pdc.ch



Begrüßungsrede

Sabrina Mohn, Präsidentin CVP Baselland

Parteitag der CVP Schweiz vom 22. Januar 2011 in Pratteln (BL)

(Es gilt das gesprochene Wort / La texte oral fait foi)

Herzlich willkommen im Baselbiet!

Zwischen Weihnachten und Neujahr konnten wir in den Medien lesen: Vier von fünf Schweizerinnen und Schweizer sind glücklich! Dieser Spitzenwert zeigt: Wir sind die glücklichsten Menschen weltweit! Es stellt sich die Frage, wie man solche Resultate herausfindet: In diesem Fall mussten die Befragten einfach angeben, wie glücklich sie auf einer Skala von 1 bis 10 sind. 78 Prozent der Befragten haben ihrem Leben die Note 8, 9 oder 10 gegeben!

Gehören auch Sie dazu? Sind Sie glücklich?

Solche Studien dürfen, ja sollen sogar kritisch hinterfragt werden, und trotzdem können wir festhalten: Uns Schweizerinnen und Schweizer geht es gut! Ohne Zweifel gibt es auch bei uns Leute, die auf der Schattenseite stehen, aber im internationalen Vergleich jammern wir auf sehr hohem Niveau.

Die Schweiz ist nicht nur deshalb eine Erfolgsgeschichte! Das politische System ist stabil und wir können durch die direkte Demokratie sehr viel Einfluss auf das politische Geschehen in unserem Land nehmen. Die Kriminalitätsrate ist im internationalen Vergleich tief. Unsere Vorsorge- und Gesundheitssysteme gehören zu den besten weltweit. Die Steuerbelastung ist im Vergleich zu unseren Nachbarländern moderat. Die Arbeitslosigkeit ist auf einem Niveau, von welchem viele Länder nur träumen können. Unser Schul- und Ausbildungssystem gehört zur Weltspitze. Der hohe Anteil der Freiwilligenarbeit ist europaweit einzigartig und beruht auf einem gut funktionierenden Milizsystem in vielen gesellschaftlichen Bereichen. Wir verfügen über eines der besten Strassen-, Bahn- und Busnetze – über 90 Prozent aller Züge sind pünktlich!



Und wer ist für diesen Erfolg verantwortlich? Ja, es sind die Bürgerinnen und Bürger, welche Verantwortung tragen, denn sie heissen den pragmatischen und lösungsorientierten Weg der Zentrumsparteien in über neunzig Prozent aller Volksabstimmungen gut.

Auch im Baselbiet zählt die CVP zu den erfolgreichsten Parteien! Zwar haben wir nur einen Wähleranteil von gut 12 Prozent, doch spielen wir im Kantonsparlament wie auch auf Bundesebene eine sehr wichtige Rolle: Im Baselbieter Landrat gibt es ohne CVP weder links noch rechts eine Mehrheit! Von Neidern wird diese Situation häufig als „Zünglein an der Waage“ beschrieben. Wir lassen diese Aussage so nicht gelten und treten selbstbewusst auf: Wir sind mehr, wir sind die „zentrale Zugkraft“ im Kanton Basel-Landschaft!

Mit dieser Botschaft treten wir auch in den Wahlkampf: Am 27. März 2011 stehen im Baselbiet Landrats- und Regierungsratswahlen an! Wir haben klare Botschaften; kompetente, sympathische und gut vernetzte Kandidatinnen und Kandidaten, die bereit sind, sich mit viel Power und Durchhaltewille zu engagieren. Nun brauchen wir also nur noch ein Quäntchen Glück für den durchschlagenden Erfolg!

So, und nun möchte ich Ihrem Glück nicht mehr länger im Weg stehen und danke Ihnen herzlich für Ihren Besuch im Baselbiet, wünsche Ihnen einen schönen Aufenthalt in der Nordwestschweiz und der ganzen Partei viel Erfolg bei den anstehenden Wahlen!





Eröffnungsrede

Christophe Darbellay, Nationalrat (VS) und Präsident der CVP Schweiz / Conseiller national (VS) et Président du PDC suisse


Parteitag der CVP Schweiz vom 22. Januar 2011 in Pratteln (BL)

(Es gilt das gesprochene Wort / La texte oral fait foi)

Seien Sie herzlich willkommen in Pratteln/Baselland, zu unserem ersten Parteitag im Wahljahr 2011. Ich wünsche Ihnen allen, Ihren Familien, Ihren Angehörigen Glück und Erfolg. Für unsere Partei ist dieses Jahr ein entscheidendes. Wir haben es in der Hand, diese Wahlen zu gewinnen. Die CVP wird alles daran setzen, um folgende Ziele zu erreichen:

- Wir wollen im Ständerat die Nummer 1 bleiben und alle Sitze behalten.
- Wir wollen im Nationalrat drei Sitze dazugewinnen.
- Wir wollen einen Wähleranteil von 17% erreichen.
- Wir wollen im Zentrum die Leaderpartei sein.
- Wir wollen der Blockadepolitik von links und rechts einen Riegel schieben.

In der letzten Woche haben uns die Blockadeparteien vorgeworfen, wir hätten keine Position. All denjenigen, welche nie zuhören, sei einmal mehr klipp und klar gesagt, wofür wir einstehen, wofür wir gerade stehen.

- Die CVP liebt die Schweiz. Wir verteidigen die Werte unseres Landes.
 - Die CVP verfolgt den bilateralen Weg. Die CVP will nicht in die EU.
 - Die CVP setzt sich für die Familien ein und für ein menschenwürdiges Dasein.
 - Die CVP gründet ihre Politik auf christlichen Werten.
 - Die CVP setzt in ihrer Wirtschaftspolitik auf die Marktwirtschaft.
 - Die CVP weiss, dass die Schweiz ohne eine produktive Landwirtschaft nicht auskommt.
- 



- Die CVP setzt sich ein für unsere Demokratie und unsere Freiheit. Für gegenseitigen Respekt, für den Konsens, für verantwortungsvolles Handeln, für Eigenverantwortung.
- Die CVP will starke Schulen, helle Köpfe und Disziplin.
- Die CVP engagiert sich für gesunde Finanzen, angemessenen Steuern, solide Sozialversicherungen und gute Rahmenbedingungen für die Unternehmen.
- Die CVP fordert Sicherheit im Alltag, eine bedingungslose Anwendung unserer Gesetze und von allen ein klares Bekenntnis zu unserer Rechtsordnung.
- Die CVP widersetzt sich der Abschaffung der Armee, welche die SP will.
- Die CVP ist die einzige bürgerliche Partei, welche sich der Umwelt annimmt.
- Die CVP propagiert den konsequenten Humanismus in Sachen Migration und Integration.

Unsere CVP-Mitglieder identifizieren sich mit diesen Positionen. Wir haben EINE Linie und klare Haltungen. Uns macht es nichts aus, wenn diejenigen Parteien, welche den Fortschritt dieses Landes verhindern, uns angreifen. Dass sie uns angreifen ist ein gutes Zeichen. Wir betreiben eine Politik des Zentrums. Für die Linke sind all jene, welche mit ihnen nicht einverstanden sind, Rechtsextreme. Für die Tea-Party sind all jene, welche nicht mit ihnen einverstanden sind, Linksextreme. Lassen wir uns nicht einschüchtern! Wir sind eine Volkspartei, welche weder Indoktrinierung betreibt noch Gehirnwäsche. Wir werden unsere Position im politischen Zentrum weiter stärken, denn wir bringen die Lösungen der Probleme, welche das Schweizer Volk beschäftigen. Wenn die Schweiz ein Erfolg ist, dann dank einer Politik, welche auf Respekt und Verantwortungsbewusstsein basiert, auf der geduldigen Suche nach dem Konsens. Wenn die Schweiz ein Erfolg ist, dann dank uns.

Wir sind keine stalinistische Partei. Wir müssen daraus eine Stärke ableiten. „Vielfältig, aber geeint“, sagt die CVP Wallis. Wir haben Konservative in unserer Partei, aber auch Persönlichkeiten, die sich stark für soziale oder Umweltsachen einsetzen. Wir haben Unternehmer unter uns, solche von kleinen und mittleren Unternehmen, aber auch von grossen. Wir haben Bauern unter uns und Angestellte. Wir haben in der CVP Studenten und Lehrlinge. Wir haben Mütter, welche ein traditionelles Familienmodell leben und Mütter, welche einer Arbeit ausser Hause nachgehen. Wir haben Pfarrer und Pastoren. Alle sind Christdemokraten und sie sehen keinen Grund, daran etwas zu ändern. Sie sind überzeugt von unserer



politischen Bewegung, welche der Grund dafür ist, dass es uns so gut geht in der Schweiz. Alle sind Christdemokraten und sie sind stolz darauf, Christdemokraten zu sein, denn sie wissen, die Welt ist weder schwarz noch weiss. In der Politik ist es ähnlich wie in einer Familie, am Arbeitsplatz oder in einem Verein, man muss die Schwierigkeiten überwinden, sich zusammen an den Tisch setzen, diskutieren und die beste Lösung für alle finden. Die Welt ist weder schwarz noch weiss, sie ist orange. Das ist das Wesen der Demokratie, das ist der Sinn unserer Partei. Es ist deshalb normal, dass unsere Partei die grösste Nähe zum Bundesrat aufweist. Es ist normal, dass die CVP die grösste Nähe zum Volk hat. In acht von zehn Fällen folgt uns das Volk. Keine andere Partei erreicht eine solche Erfolgsrate.

Die CVP ist eine Volkspartei und sie ist demokratisch. Bei uns gibt es den Spielraum für die Debatte, wie beispielsweise bei der anstehenden über die Waffeninitiative oder die Nuklearfrage. Die Erwartungen und täglichen Erfahrungen unserer Parteiangehörigen in Genf, Basel, Appenzell, Délémont oder Niederhasli können unterschiedlich sein. Warum auch nicht? Kennen Sie einen Politiker, mit dem Sie immer einverstanden sind? Kennen sie eine Partei, mit welcher sie immer einverstanden sind? Die Polparteien wollen das Zentrum zerstören, wollen alles zerstören, was funktioniert und was den Erfolg dieses Landes ausmacht. Wenn sie uns dauernd für alles verantwortlich machen, was in diesem Land nicht funktioniert, dann müssen sie auch endlich mal die Aufrichtigkeit haben danke zu sagen, für all das nämlich, was funktioniert in der Schweiz: das Bildungssystem, die Sozialversicherungen, die Infrastrukturen, die wettbewerbsfähige Wirtschaft, die intakte Umwelt, die tiefe Staatsverschuldung, die moderaten Steuern, die Qualität des Gesundheitssystems.

Die SVP will den Ständerat nun auch zur Kampfzone machen. Zu einem Ort, in dem der Gedankenaustausch, die Suche nach Lösungen, der Zusammenhalt der Schweiz dem Populismus Platz macht, den Hahnenkämpfen und den Ratings. Sie will aus Ständeräten Parteisoldaten machen. Für die Schweiz wäre das fatal. Nur wenn die CVP und der Freisinn, das bürgerliche Zentrum, den Löwenanteil im Ständerat ausmachen, verkommt die Politik in der kleinen Kammer nicht zum Glücksspiel. Der Ständerat diskutiert, reflektiert und findet Lösungen. Ich habe keine Zweifel, dass wir starke Persönlichkeiten aufstellen können, konstruktive und solche, welche in der Lage sind die Mehrheit der Stimmen in ihren jeweiligen Kantonen zu gewinnen. Ich habe keinen Zweifel darüber, wie diese Attacke auf den Ständerat ausgehen wird.





Aber seien wir wachsam und sehen wir in dieser Attacke auch eine Chance, um die Wichtigkeit und die Effizienz unsere Politik aufzuzeigen.

In diesem Jahr wollen wir jedoch nicht von den anderen reden. Wir wollen vor allem von uns sprechen, von der CVP und ihrer wichtigen Rolle für eine Schweiz mit Zukunft. Wir werden über unsere vier Kernthemen sprechen: Die Familie – Keimzelle der Gesellschaft; die Wirtschaft – unsere Arbeitsplätze; die Sicherheit – das sind die soziale Sicherheit und die Sicherheit im Alltag; die Umwelt – diejenige unserer Kinder und Enkel.

Notre bilan est excellent, nos promesses ont été tenues

Il y a 4 ans, nous avons fait des promesses. A l'heure du bilan, nous pouvons être très fiers. Nous avons tenu toutes nos promesses.

Grâce au PDC, les familles paient moins d'impôts, leur pouvoir d'achat augmente grâce aux importations parallèles qui empêchent les juteux monopoles d'une poignée d'importateurs.

Grâce au PDC, la voie bilatérale a été poursuivie de manière conséquente assurant des emplois et des perspectives à nos entreprises. La libre circulation des personnes avec l'UE est globalement un succès. Elle a permis de créer 200'000 emplois et de trouver du personnel qualifié dans les secteurs où il manque du personnel suisse.

Le PDC s'est engagé contre les bonus indus, les parachutes dorés et pour une place financière plus éthique ! Notre engagement a permis de sauver la place financière suisse et de sauver le secret bancaire.

Le PDC a marqué de son empreinte les trois programmes conjoncturels anticrise lorsque la droite dure ne voulait rien faire et que la gauche voulait endetter les 4 prochaines générations. Nous avons apporté très rapidement une aide ciblée aux jeunes en début de carrière, aux employés plus âgés, aux PME et à l'économie d'exportation. Grâce à nous, la place économique suisse a été renforcée sans laisser pour autant une montagne de dettes à la prochaine génération. La Suisse se sort de la crise comme aucun autre pays au monde.

Nous avons assaini l'assurance-invalidité et l'assurance-chômage en évitant que ces assainissements ne se fassent aux dépens des salariés. En outre, nous nous





sommes engagés fortement contre la hausse des primes maladies, pour une santé de qualité au meilleur coût.

Enfin le PDC est le seul parti gouvernemental du centre-droit qui s'engage aussi résolument pour l'environnement. C'est grâce à nous que plus de moyens sont consacrés aujourd'hui aux énergies renouvelables, à l'assainissement des bâtiments et à la promotion de la production d'électricité propre en Suisse. En augmentant la redevance hydraulique, nous avons renforcé l'importance de la source d'énergie essentielle et durable qu'est l'énergie hydraulique. Le PDC est également passé de la parole aux actes en matière de renaturation des eaux, de développement des transports publics, que ce soit pour le rail ou le trafic d'agglomération.

Ces exemples illustrent les très nombreux résultats obtenus. Durant ces quatre prochaines années, des décisions importantes devront être prises. La manière dont elles le seront dépend de vous. Ne gaspillez pas vos voix pour des partis qui ne font que mettre le doigt sur les problèmes, qui font de belles promesses, mais n'apportent pas de solutions. Il y a dans ce pays bien 400'000 personnes qui sont convaincues des bienfaits de notre politique. Sachons les mobiliser et disons-le une fois de plus, soyons disciplinés ! De nature généreuse, nos électrices et électeurs ont tendance à distribuer des voix ailleurs, ce qui nous fait perdre de très précieux suffrages. Avec un effort de mobilisation, un profil clair et des listes fortes dans tous les cantons, avec un zeste de discipline, nos objectifs sont réalistes. Je compte sur vous cet automne et dans les cantons de Lucerne, Bâle campagne, à Zurich et au Tessin lors des prochains scrutins cantonaux. Ces derniers mois, nous avons eu du succès au Jura, à Zoug et aux Grisons. Poursuivons sur cette lancée !

Pour terminer, je veux aborder deux thèmes d'actualité : le massacre des chrétiens en Orient et la force du franc.

La persécution des chrétiens en Orient

Comme parti chrétien, le PDC ne peut plus se taire. Les massacres de chrétiens en Orient doivent cesser. Le fanatisme religieux et le terrorisme qu'il engendre est partout, il gangrène notre monde. Nous devons lutter contre la discrimination des minorités religieuses dans le monde. Notre Parti n'a pas hésité depuis plusieurs années à s'engager contre le fanatisme, contre ceux qui prêchent la haine et la guerre contre l'Occident. Nous avons le devoir moral de nous engager contre ces fléaux. A cet égard, le silence du Conseil fédéral n'est pas acceptable. Croire en



Dieu, croire en un Dieu c'est donner du sens à sa vie, c'est porter un message de paix, de respect et de tolérance. Les fanatiques religieux qui tuent tous ceux qui ne croient pas ou ne pensent pas comme eux, doivent être combattus. Nous ne voulons pas de croisades, ni de guerre de religions, mais le respect de la liberté de croire de chacun. La Suisse a fait des efforts considérables en matière d'intégration. La Suisse se doit de défendre la liberté religieuse. Nous sommes en droit d'exiger de la part d'autres pays, qu'ils respectent eux aussi les minorités.

J'estime que la Suisse devrait renoncer à soutenir, notamment au travers de l'aide au développement, des pays où le respect de la liberté religieuse n'est pas garanti. Les pays qui massacrent des personnes au motif de leur religion doivent être sanctionnés. L'aide au développement de la Suisse doit leur être refusée.

J'attends de la part des autorités religieuses, des organisations musulmanes en Suisse et à l'étranger une condamnation claire face à la persécution des chrétiens, un appel à la paix. Il n'est pas acceptable qu'elles se taisent lorsque des chrétiens sont assassinés par des terroristes.

Der starke Franken beschäftigt uns

Als KMU-Partei sind wir sehr besorgt über den starken Schweizer Franken. Die wirtschaftliche Situation und die Staatsverschuldung in Europa und in den USA deuten nicht auf eine Abschwächung des Frankens zum Euro oder zum Dollar. Die Schweiz wird zum Opfer der guten Krisenbewältigung und ihrem Erfolg. Wir haben kein Recht uns darüber zu beklagen. Trotzdem: Unsere Exportfirmen und der Tourismus stehen vor grossen Problemen. Und da unsere Wirtschaft jeden zweiten Franken im Ausland verdient, dürfen wir nicht gleichgültig bleiben. Die Möglichkeiten des Bundes sind nicht beschränkt. Die Nationalbank kann nicht einfach Euros in beliebiger Menge kaufen. Den Schweizer Franken an den Euro zu koppeln und eine negative Zinspolitik zu betreiben sind schlechte Lösungen. Die Nationalbank muss für stabile Preise sorgen, nicht für stabile Wechselkurse. Denn die Schweiz muss solidarisch Verantwortung übernehmen für die Stabilität der Weltwirtschaft. Wir haben als Exportland ein grosses Interesse daran. Aus dieser Überlegung heraus haben wir den IWF-Kredit unterstützt. Stellen Sie sich den finanziellen Zusammenbruch eines grossen europäischen Landes und die Auswirkungen auf die Schweiz und Europa vor! Wer sich um die Fehler der anderen nicht kümmert, spielt mit dem Feuer.



Unsere Lösungen

Um der Krise beizukommen und um die Position der Schweiz mit dem starken Schweizer Franken zu konsolidieren, verlangen wir auch ein Engagement von den Banken. Sie profitieren vom starken Schweizer Franken als Fluchtwährung, sie können und sollen unseren kleinen und mittleren Unternehmen günstige Angebote machen, damit diese ihre Wechselkursrisiken minimieren können. Wir finden, dass in einer Volkswirtschaft, welche 70% der Güter und Rohstoffe importiert, die Konsumenten von den tiefen Importpreisen profitieren müssen. Warum geschieht dies nicht? Wir müssen zwingend die Portemonnaies der Menschen und der Unternehmen in unserem Land entlasten. Wir sind noch weit davon entfernt. Der ehemalige Finanzminister Merz hat sich mit seinen Prognosen um 5 Milliarden getäuscht. Ein Teil dieses Gewinns muss wieder investiert werden. Wir sind dagegen, dass dieses Geld nur dazu gebraucht wird, Schulden abzubauen. Die Verschuldung der Schweiz ist nicht allzu gross. Wir verlangen, dass eine Milliarde wieder investiert wird und zwar in einen Fond, welcher der Förderung von umweltfreundlichen Technologien zugutekommt, der Stärkung des Tourismus und dem Ausbau der Infrastrukturen des öffentlichen und des privaten Verkehrs. Unverzichtbare Elemente für die Entwicklung unseres Landes. Ausserdem möchten wir die Schweizerinnen und Schweizer dazu auffordern, die Sommerferien in der Schweiz zu verbringen. Die Schweiz ist ein Paradies – auch um Ferien zu machen!





Einführungsrede zum Wahlvertrag Urs Schwaller, Ständerat (FR) und Fraktionspräsident

Parteitag der CVP Schweiz vom 22. Januar 2011 in Pratteln (BL)
(Es gilt das gesprochene Wort / La texte oral fait foi)

Wir sind in einem Wahljahr und ich bin stolz darauf, Präsident einer Fraktion zu sein, welche auch in den letzten drei Jahren erfolgreich gearbeitet und die Ratsarbeit entscheidend mitgeprägt hat. Wir stellen im Verbund mit den Grünliberalen und der EVP mit 51 Mitgliedern die zweitgrösste Fraktion der Bundesversammlung. Wir sind mit 14/16 Parlamentariern die grösste Gruppe im Ständerat. Wir haben als staatstragende Kraft die Weichen gestellt.

Dies in unseren Kernthemen Familie, Wirtschaft, soziale Sicherheit und Umweltpolitik. Die Arbeit der Bundeshausfraktion ist geprägt von Verantwortungsbewusstsein und Respekt für die Schweiz und ihre Bewohnerinnen und Bewohner. Als Volkspartei sind wir diejenige Partei, welche die Vielfalt in diesem Land, die unterschiedliche Prägung der einzelnen Kantone, Kulturen und Sprachregionen am besten abbildet.

Wie beurteilt man erfolgreiche politische Arbeit im Parlament? Im Wahljahr folgen sich die Expertisen und Ratings im Wochentakt. Da gibt es Vereine, Verbände, Interessengruppen, Scharen von Lobbyisten und alle legen die Beurteilungskriterien fest, wie es ihnen am besten nützt. Interessengruppen beauftragen Leute mit Vorlagen, welche die einzelnen Parlamentarierinnen und Parlamentarier als mehr oder weniger „wirtschaftsfreundlich“, mehr oder weniger „grün“, mehr oder weniger „effizient“ beurteilen. Diese Ratings bringen nichts, ausser dass man sieht, wer die besten Briefträger der verschiedenen Interessengruppen sind.

Versuchen wir deshalb den Winkel zu öffnen. Was zählt ist, ob wir unsere Ideen im Parlament durchbringen, sei dies in der Wirtschaftspolitik, in der Familienpolitik, in der Sozialpolitik, in der Bildungspolitik, in der Umweltpolitik, in der Aussenpolitik, in der Migrationspolitik.





Schauen wir uns deshalb kurz einige wichtige Vorlagen der letzten Monate an, bei denen die CVP im Parlament matchentscheidend war (vgl. Folien 1-2).

Soviel zur erfolgreichen Arbeit des Parlamentes, welche die CVP verantwortet.

Sorge bereitet mir die zunehmende Polarisierung unter der Bundeskuppel. Da geht es nicht mehr um die Sache, sondern um blosse Parteiinteressen. Wenn langjährige Gesetzesarbeit per Knopfdruck vernichtet wird nur um dem politischen Gegner „eins auszuwischen“, muss man klar sagen: Dafür sind wir nicht nach Bern gewählt worden. Drei Beispiele (vgl. Folie 4):

Durch die anhaltenden Allianzen der S-Parteien, durch deren politische Blockade steuert die Schweiz auf ein neues System von Regierung und Opposition zu. Das passt nicht zur Schweiz.

Die CVP ist die Partei des Föderalismus, des Mittelstandes, der Familien, der kleinen und mittleren Unternehmen, der Gemeinden, der Kantone und der Konkordanz. Eigenverantwortung ist uns wichtig. Was wir selber oder auf der unteren Stufe erledigen können, delegieren wir nicht an den Staat. Der Mensch, der Respekt vor anderen ist für uns zentral. Wir setzen auf eine offene, sichere und wirtschaftsfreundliche Schweiz. Die Achtung und Wahrung der Schöpfung ist seit 2000 Jahren C-Programm.

Ich danke für Ihre Arbeit. Der Wahlvertrag wird uns in den kommenden vier Jahren Verpflichtung und Grundlage sein, um mit noch mehr Kraft und nach den Wahlen mit noch mehr Parlamentariern in Bern für das Erfolgsmodell Schweiz zu arbeiten.





Bei wichtigen Vorlagen setzt sich die CVP als geschlossene Einheit im Parlament ein – und verhilft diesen auch zum Durchbruch!

Vorlage	CVP	Resultat
Drittes Konjunkturpaket	Ja	Ja
UBS-Staatsvertrag mit den USA	Ja	Ja
Indirekter Gegenvorschlag Abzocker-Initiative (behandelt erst im Ständerat)	Ja	Ja
Einführung Cassis-de-Dijon Prinzip	Ja	Ja
Bilanzreserve Landwirtschaft	Ja	Ja
Gegenvorschlag Ausschaffungsinitiative	Ja	Ja
Erhöhung der Entwicklungshilfe (behandelt erst im Ständerat)	Ja	Ja
Normen für die Neuwagenemissionen (indirekter Gegenvorschlag zur Offroader-Initiative)	Ja	Ja
Teilzweckbindung der CO2-Abgabe zugunsten der Gebäudesanierung (Teilrevision CO2-Gesetz)	Ja	Ja

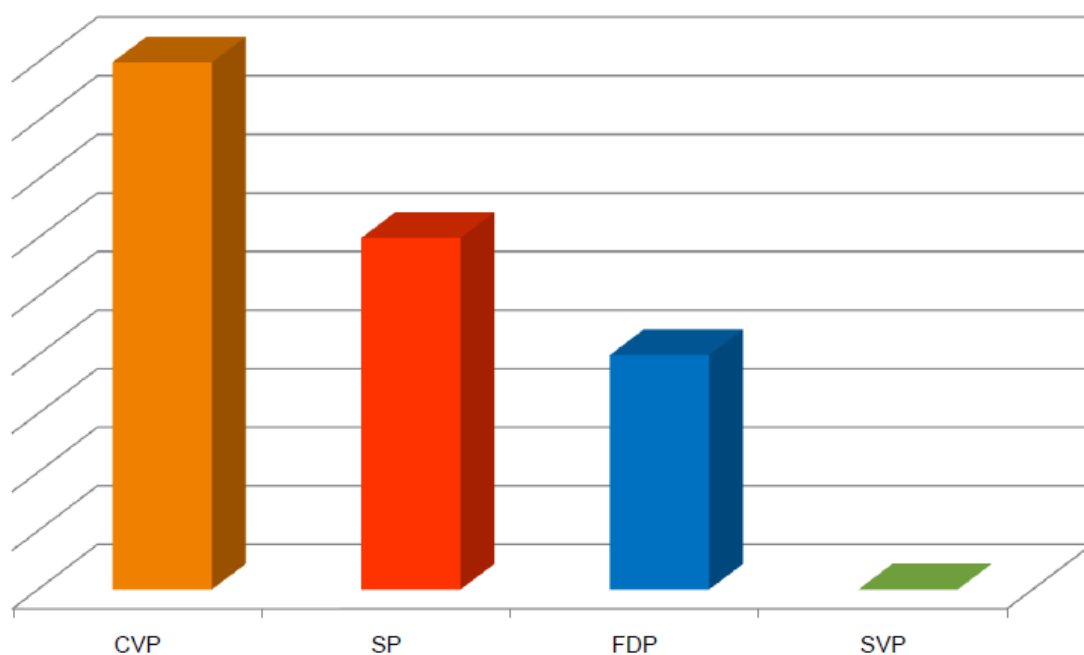
Ganz im Gegensatz zu den anderen grossen Parteien ...

Vorlage	CVP	SP	FDP	SVP	Resultat
Drittes Konjunkturpaket	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
UBS-Staatsvertrag mit den USA	Ja	Nein	Ja	---	Ja
Indirekter Gegenvorschlag Abzocker-Initiative (behandelt erst im Ständerat)	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
Einführung Cassis-de-Dijon Prinzip	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
Bilanzreserve Landwirtschaft	Ja	---	Ja	Nein	Ja
Gegenvorschlag Ausschaffungsinitiative	Ja	---	Ja	Nein	Ja
Erhöhung der Entwicklungshilfe (behandelt erst im Ständerat)	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
Normen für die Neuwagenemissionen (indirekter Gegenvorschlag zur Offroader-Initiative)	Ja	Ja	---	Nein	Ja
Teilzweckbindung der CO2-Abgabe zugunsten der Gebäudesanierung (Teilrevision CO2-Gesetz)	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja





Erfolgsindex / Indice de succès



Die zunehmende Polarisierung gefährdet den Erfolg der CVP und damit das Erfolgsmodell Schweiz!

Vorlage	CVP	SP	FDP	SVP	Resultat
11. AHV-Revision	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
Krankenversicherungsgesetz. Massnahmen zur Eindämmung der Kostenentwicklung.	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
Revision Mietrecht	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein





Energiepolitik der Schweiz – Energiepapier der CVP **Ruedi Lustenberger, Nationalrat (LU)**

Parteitag der CVP Schweiz vom 22. Januar 2011 in Pratteln (BL)
(Es gilt das gesprochene Wort / La texte oral fait foi)

Bundesrätin Doris Leuthard übernahm Anfang November 2010 das Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK). Das interessante Erbe, welches sie antrat, weist eine ansehnliche Zahl von grossen politischen Baustellen auf. Die grösste Herausforderung wird neben der Revision der eidgenössischen Raumplanung die langfristige Sicherstellung der Energieversorgung im Einklang mit einer guten Umweltpolitik sein. Eine Auslegeordnung tut Not, weil die längerfristigen Energie-Perspektiven eine grosse Aufgabe für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft darstellen.

Ausgangslage

Die Schweiz als Industrienation verbraucht sehr viel Energie in Form von Strom, Treib- und Brennstoff. 35 Prozent gehen zu Lasten des Verkehrs, 29 Prozent der Haushalte, 20 Prozent der Industrie und 16 Prozent der Dienstleistungsbranche. Trotz vieler Sparanstrengungen war der Endenergieverbrauch in den letzten zwanzig Jahren leicht ansteigend, nämlich von gut 800'000 auf annähernd 900'000 Terajoule (TJ) pro Jahr.

Eine Gesamtbilanz nach Energieträgern zeigt folgendes Bild: 55 Prozent Erdöl, 12 Prozent Erdgas, 24 Prozent Strom, 9 Prozent diverse erneuerbare Träger. Unsere Energieversorgung ist somit zu vier Fünfteln vom Ausland abhängig.

Für die Sicherstellung der Energieversorgung im Einklang mit einer guten Umweltpolitik ist eine Neuausrichtung der Schweiz notwendig. Die CVP verfolgt im Bereich Energiepolitik deshalb die vier vorrangigen Ziele

1. die Verbesserung der Energieeffizienz,
2. die Förderung von erneuerbaren Energien,
3. die Gewährleistung der Versorgungssicherheit und
4. die Erhöhung der Energieautonomie der Schweiz und die Reduktion der Erdölabhängigkeit.





Ich möchte an dieser Stelle nur kurz auf die einzelnen Ziele eingehen.

1. Verbesserung der Energieeffizienz

In Sachen Energieeffizienz und Energiesparen kann viel erreicht werden. Die beste Energie ist diejenige, die wir einsparen, ohne dabei volkswirtschaftliche Einbussen zu erleiden. Sie ist gratis und verursacht auch keine Folgekosten. Das Nationale Gebäudeprogramm zum Beispiel ist drauf und dran, eine Erfolgsgeschichte zu werden. Gerade im Gebäudebereich, sei es bei Sanierungen von bestehenden Objekten oder im Neubau liegt noch sehr viel Potenzial. Die öffentliche Hand hat auch hier eine Vorbildfunktion wahrzunehmen, indem sie bei ihren Ausschreibungen die entsprechenden Standards vorgibt.

Als weiteres Beispiel möchte ich auf die Übertragungsnetze verweisen. Durch die Förderung intelligenter Netze (so genannte smart grids) kann die Effizienz der Stromversorgung stark verbessert werden. Deshalb soll der Bund Pilotanlagen unterstützen.

2. Förderung erneuerbarer Energien

Bei einer generalistischen Betrachtungsweise und zukunftsgerichteten Problemlösung spielt der Einbezug der einheimischen erneuerbaren Ressourcen eine elementare Rolle. Dabei sind im Bereich der Brennstoffe vor allem die Biomasse (Holz) und die Abwärme aus den KVA zu erwähnen. Im Sektor Treibstoffe haben Biogase gute Zukunftschancen. Bei der Warmwasseraufbereitung spielt nach wie vor die Solartechnik eine Rolle. Eine grosse Herausforderung wird sich im Strombereich stellen. Hier erscheinen neben dem Ausbau der Wasserkraft sowohl die Photovoltaik, die Geothermie, die Windkraft und die Verstromung von Biogas förderungswürdig. Dazu braucht es allerdings die Bereitschaft, die erneuerbaren Energien angemessen zu vergüten.

3. Gewährleistung der Versorgungssicherheit

Die Versorgungssicherheit muss langfristig gewährleistet werden. Dabei ist vermehrt auf die einheimische, umweltverträgliche Produktion zu setzen. Die bestehenden Kernkraftwerke produzieren heute ca. einen Drittel der im Inland verbrauchten Elektrizität. Der Ausstieg aus der Kernenergie ist mittelfristig nicht realistisch. Er würde die Versorgungsautonomie gefährden oder dazu führen, dass die CO₂-Emission massiv zunimmt.





Als Mitglied der CVP-Fraktion vertrete ich in diesem Punkt auch eine andere Haltung als die im Papier festgehaltene. Auch ein Ausstieg in 50 Jahren erscheint uns nicht realistisch. Der Bau eines Kernkraftwerks benötigt viel Zeit, so dass sich unter der Voraussetzung eines Ausstiegs bis 2060 Investitionen in neue KKW nicht lohnen. Die CVP-Fraktion vertritt deshalb die Ansicht, dass erst ein allfälliger Ausstieg aus der Kernenergie nach Ablauf der nächsten Generation KKW geprüft und bei Vorhandensein genügender CO₂-freier Energie als Ersatz realisiert werden soll. Die Fraktion stellt deshalb den Antrag, diesen Passus im Papier entsprechend zu ändern.

Unabhängig von dieser Diskussion ist ein Punkt möglichst bald zu lösen: Die Lagerung der radioaktiven Abfälle bleibt eine vordringliche Aufgabe und darf nicht länger vernachlässigt werden.

4. Energieautonomie der Schweiz – Erdölunabhängigkeit

Im Gegensatz zu den Brenn- und Treibstoffen hat sich die Schweiz in der Stromerzeugung bis heute eine hohe Unabhängigkeit vom Ausland bewahren können. Fast 60 Prozent unseres Stroms erzeugen wir aus Wasserkraft, 35 Prozent ist im Inland produzierte Kernenergie und gut 5 Prozent stammen aus anderen erneuerbaren Ressourcen. Wir produzieren jährlich ca. 60 - 65 Terawattstunden Strom (1 TWh = 1 Milliarde kWh). Davon brauchen wir im Inland gut 95 Prozent. Den Rest verkaufen wir vorwiegend als Spitzenenergie an unsere Nachbarstaaten. Auf Grund der geographischen Lage und der guten Infrastruktur wird unser Land zu Recht als Stromdrehscheibe Europas bezeichnet. Die Unabhängigkeit, welche unser Land in Sachen Strom hat, soll auch im Bereich fossiler Energieträger forciert werden. Die Förderung erneuerbarer Energien sowie die Modernisierung und Optimierung der Kernkraftwerke sind Wege dafür.

Abschliessend möchte ich festhalten, dass die Schweiz mit ihren Forschungsanstalten und den vielen innovativen Unternehmungen geradezu prädestiniert ist, in der Forschung und Entwicklung im Energie- und Umweltbereich weltweit eine Vorreiterrolle zu spielen. Dabei können Bund und Kantone bspw. mit Technologiefonds und Restfinanzierungen Anreize für Pilot- und Demonstrationsanlagen fördern. Volkswirtschaftlich bergen die Herausforderungen im Energie- und Umweltbereich mindestens so viele Chancen wie Gefahren. Die Wirtschaft kann tausende von guten Arbeitsplätzen neu schaffen, wenn wir im Technologiebereich die Nase vorn behalten.





Contra-Argumentation zur Waffeninitiative

Peter Zwick, Regierungsrat Kanton Basel-Landschaft

Parteitag der CVP Schweiz vom 22. Januar 2011 in Pratteln (BL)

(Es gilt das gesprochene Wort / La texte oral fait foi)

Lassen Sie mich als Vorbemerkung sagen, dass ich die ernsthaften Gründe für diese Initiative durchaus verstehe. Wer will denn schon, dass jemand durch eine Waffe das Leben verliert, oder auf irgendeine andere Weise? Wer will denn schon Krieg, statt Frieden? Wir bewegen uns hier in einem Bereich, der absolut ehrbar ist. Aber gleichzeitig Zündstoff für emotionale Diskussionen in sich trägt.

Die Initiative trägt den Titel „Schutz vor Waffengewalt“ und verbreitet damit die erste Illusion. Schutz vor Waffengewalt durch ein Gesetz, bei dem Vorschriften gegen den Missbrauch von Waffen und Munition gemacht werden, gibt es selbstverständlich nicht.

Wir haben alles bereits geregelt. Die Schweiz verfügt über eine der strengsten Gesetzgebung, die es bezüglich Waffen überhaupt gibt. Wir haben Hunderttausende, die an der Waffe ausgebildet worden sind und die wissen, wie sie damit umgehen müssen.

Waffen sind nicht die eigentliche Ursache von Gewalt. Flächendeckende Verbote können Gewalttaten nicht verhindern. Verbote können auch keine Verkehrsunfälle, keine Zerstörungen, keine Morde verhindern.

Der Bund – so heisst es in der Initiative – regelt den Erwerb, den Besitz, das Tragen, den Gebrauch und das Überlassen von Waffen, von Waffenzubehör und Munition. Wer eine Waffe will, muss den Bedarf dafür nachweisen, heisst es. Waffen sind aber bereits an gesetzliche Regelungen gebunden. Alles ist schon festgelegt. Deshalb ist der Bedarfsnachweis jener Bereich, bei dem die Verfasser der Initiative eine Möglichkeit zur Einschränkung des Waffenbesitzes wittern. Der Teufel steckt im Detail.





Man muss den Gebrauch von Waffen durch die Angehörigen der Armee regeln, heisst es – dieser ist aber bereits geregelt. Die Waffen werden den aktiven Wehrmännern sozusagen zwangsweise abgenommen (sie dürfen beim Ausscheiden aus der Armee den Armeeangehörigen nicht überlassen werden). Das Gesetz regelt dann Ausnahmen, heisst es, und erwähnt werden dort die „lizenzierten Sportschützen“. Das bedeutet, es braucht dann also Lizenzen. Wer eine Waffe hat, ist folglich eine lizenzierte Ausnahme!

Geregelt werden müssen die Waffen nicht nur für die Sportschützen, sondern auch für die Polizei, für die Grenzwächter. Der Bund wird den Kantonen genau sagen, wer noch wann Waffen besitzen kann. Das ist auf der einen Seite ein unzulässiger Eingriff in die Autonomie der Kantone. Das zieht aber zugleich auch einen riesigen administrativen Aufwand nach sich, der pro Jahr in die Millionen geht. Wozu?

Unsere Waffen sind in den Händen von ausgebildeten und engagierten Armeeangehörigen, von Sportschützen oder Jägern. Taschenmunition gibt es zu Hause längst nicht mehr. Und wer nach der absolvierten Dienstpflicht nicht nachweisen kann, dass er aktiver Schütze ist, kann die Waffe gar nicht mehr mit nach Hause nehmen. Speziell seit dem Ende der 90er-Jahre wurde in diesem Bereich viel getan. Die Tötungen durch Waffen sind von rund 500 auf jetzt noch 260 zurückgegangen.

Hüten wir uns jedoch vor falschen Zahlenspielen wie beispielsweise diesem: Im Ständerat hat ein Parlamentarier festgestellt, dass im Irak-Krieg im Jahre 2008 über 300 US-Soldaten umgekommen sind. Und er hat diese Zahl mit den 260 Schusswaffentoten der Schweiz verglichen und festgestellt, das habe ihn völlig aus dem Gleichgewicht gebracht. Seine Botschaft: Die Schweiz sei also ebenso schlimm wie die USA (Ständerat Zanetti SO)! Er hat aber nicht gesagt, dass die USA über 30'000 Schusswaffentote pro Jahr im eigenen Land zu beklagen haben. Im Verhältnis zu den USA müssten in der Schweiz dann 800 – nicht 260 – Menschen durch Schusswaffen umkommen.

Der Zusammenhang zwischen Suizidrate und Waffenbesitz ist jedoch schwierig herzustellen. Sicher ist nur, dass wir in der Schweiz über sehr viele Waffen verfügen, die Morde weltweit gesehen aber extrem tief liegen. In San Francisco beispielsweise, wo Waffen offensichtlich leicht verfügbar sind, ist die beliebteste Selbstmordart übrigens der Sprung von der Golden Gate Bridge. Das nur nebenbei.



Aber ich wollte eigentlich in eine andere Richtung gehen: Der echte Hintergrund der Initiative ist nicht die Sorge um die Suizide. Denn diese Initiative richtet sich letztlich genau gegen jene, welche überhaupt kein Sicherheitsrisiko darstellen: gegen die Milizsoldaten, die Schützen, die Jäger, gesetzestreue Bürgerinnen und Bürger. Sie richtet sich auch gegen die Zuständigkeit der Kantone. Und sie bläht erst noch einen gewaltigen administrativen Apparat auf. Sie nützt auch nichts gegen jene, die so oder so immer Waffen beschaffen können, wenn sie unbedingt wollen. Auch nicht bei Menschen, die im Affekt zu einem Messer greifen oder sich unter einen Zug werfen. Dort, wo es wichtig wäre, hilft die Initiative nicht.

Die „fürsorgliche“ Art, mit der sich die Initiative jenen Leuten annehmen will, die in 98 Prozent der Fälle keine Probleme darstellen und keine machen, hat für mich einen fahlen Beigeschmack.

Bei unserer Milizarmee geht es längst nicht mehr darum, dass wir uns von zu Hause ohne Zeitverlust gleich in die kriegerische Auseinandersetzung stürmen können. Das war einmal so, davon haben wir aber schon vor vielen Jahren Abschied genommen. Die Milizarmee ist jedoch ganz sicher ein Stück Vertrauen in die Bürgerinnen und Bürger. Sie sagt etwas aus über das Verhältnis zwischen Bürger und Staat.

Wir als Bürgerinnen und Bürger tragen viel Verantwortung: in den Tausenden von Gemeinden, in den vielen Parlamenten und Räten, in unzähligen Verbänden und Kommissionen. Wir treffen Entscheide an den Urnen und können ständig mitreden, mehr als alle Bewohnerinnen und Bewohner der ganzen EU zusammengerechnet. Wir verfügen über eine politische Kleinkultur, über ein starkes Netz, das uns zusammenhält. Unsere „Bindungsenergie“ besteht nicht zuletzt aus dem offenen und auch kritischen Vertrauen gegenüber unserem Staat und unserer Gesellschaftsform. Wir haben – wie schon erwähnt – zahlreiche erfolgreiche Massnahmen gegen den Missbrauch von Waffen verabschiedet. Wenn wir neue Lücken entdecken, werden wir sie schliessen.

Doch warum setze ich mich dafür ein, dass Wehrmänner Waffen heim nehmen können, während die Munition sicher aufbewahrt bleibt? Was sind Waffen ohne Munition?





- Erstens setze ich mich genau wegen diesem Vertrauen in Bürger und Staat dafür ein, nicht wegen irgendeinem Blitzkrieg, der wohl ohnehin über unsere Köpfe hinweg rollen würde. Die Schweiz hat freiheitliche Regelungen seit Jahrhunderten bevorzugt, und wir sind damit gut gefahren.
- Zweitens setze ich mich ein, weil hier sonst ein Papierkrieg entsteht, der zu nichts nütze ist. Wir verschwenden Millionen und erreichen damit nichts. Wir demotivieren und verunsichern die Leute.
- Drittens setze ich mich dafür ein, weil die Hoheit der Kantone nicht tangiert wird. Der Bund will uns vorschreiben, was wir mit der Polizei machen sollen. Und mit den Jägern. Vielleicht ist das dann nur der Anfang. Und er muss gar Einsatz der Waffen selbst durch die Grenzpolizei genau definieren.
- Viertens setze ich mich dafür ein, weil sonst Zehntausende von Schützen in arge Bedrängnis kommen. Sie werden in grosse administrative Umtriebe verwickelt. Der freiwillige Schiesssport wird leiden. Das grosse Engagement wird enttäuscht. Jungschützenvereine sterben aus. Wir haben nichts gewonnen dabei.
- Fünftens setze ich mich dafür ein, weil wir ganz genau wissen, woher die Initiative stammt. Sie kommt von jenen, deren Ziel es ist, die Armee zu schwächen. Auf ihren Wagen sind nun viele gutmeinende Menschen aufgesprungen – mit ehrenwerten Absichten. Aber auch diese Menschen müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir mit dieser Initiative nicht die Welt verändern, dafür ganz sicher die Falschen treffen. Man kann auch mit gutem Willen das Falsche tun!

Diese Waffeninitiative schafft Distanz zwischen dem Staat und den Bürgern. Sie schafft Distanz zu den Sportschützen, zu den Jägern. Sie bringt Bürokratie ohne Ertrag, sie bringt erst noch die Zuständigkeiten zwischen Bund und Kantonen durcheinander.

Es geht – und das ist der entscheidende Punkt – aus meiner Sicht um die langsame Abkoppelung der Armee von der breiten Unterstützung im Volk. Damit verlieren wir ein stabilisierendes Element, damit verlieren wir eine wichtige Klammer, die uns zusammen hält. Die Initiative zielt genau auf jene grosse Bevölkerungsgruppe, bei der weder die Scherbensammler noch die Besenwagen noch die Schützenpanzer mit Tränengas vorbeikommen mussten. Wir schütten da nicht nur das Kind mit dem Bade aus, nein, wir zerstören neben dem Kind auch noch die Badewanne!





Konzentrieren wir uns also weiterhin auf den Missbrauch. Das ist und war ja der Ausgangspunkt!

Die Initiative löst keine wirklichen Probleme, aber sie stösst Tausende vor den Kopf. Der Preis für diese Initiative ist aus jedem Blickwinkel gesehen viel zu hoch! Zuerst entwaffnet man faktisch die Armee, so lässt sie sich in einem zweiten Schritt leichter abschaffen!

